

## Fortsetzung von Seite 4

erwartet werden, dass sie nicht öffentlich behaupten, es sei »Aufgabe der Polizei, nicht nur Politiker vor Gewalttätigen zu schützen, sondern auch die friedlichen Demonstranten« (Saarbrücker Zeitung 14.08.2001). Sie würden damit ohnehin an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen: Für das aufflammende Interesse an einer Attac-Mitgliedschaft ist – verkehrte Welt – die eine oder andere in der Zeitung abgebildete brennende Bank ganz hilfreich.

Um es abschließend noch etwas grundsätzlicher zu fassen: Die Ausübung von Gewalt teilt sich in eine moralische und eine politische Frage. Die politische Antwort setzt eine grobe gemeinsame

Vorstellung über die Ziele der Bewegung voraus. Weil jedoch heute keine gemeinsame Zielvorstellung vorhanden ist, ist die Diskussion mühsam und schleppend, und eine gemeinsame Linie in der Gewaltfrage nicht in Sicht. Nicht nur in den Medien ist die Zahl derjenigen groß, die zum Schutz der UCK vor zwei Jahren den Abwurf von Bomben auf Jugoslawien forderten, von den KapitalismuskritikerInnen aber weiterhin absolute Gewaltfreiheit verlangen. Ihr politisches Äquivalent bilden zur Gewaltfreiheit geläuterte Moralapostel und Selbstdarsteller wie Fischer und Cohn-Bendit, die ihr eigenes, aktuelles Gewaltpotenzial offensichtlich wenig stört, wenn sie heute von außen pseudo-humanitäre

Ergüsse über die Bewegung schütten. »Gewalt ist nur schlecht, wenn ich sie nicht selbst ausübe oder befehle«, so müsste heute eigentlich der Leitspruch von Fischer und Cohn-Bendit lauten. Schließlich stehen sie selbst stramm zur organisierten, militärischen, aus Flugzeugen ausgeübten und gegen Menschen (»Kollateralschaden«) gerichteten Gewalt. Auch in anderen Fällen ist Gewalt als Schmiermittel politischer Veränderung durchaus recht. Klirrende Scheiben und Feuer im jugoslawischen Parlamentsgebäude wurden von vielen europäischen PolitikerInnen und Medien regelrecht gefeiert. Schließlich ging es nicht gegen ihre Freunde, sondern ihre Hauptgegner auf dem Balkan. ■

## Freiheit für regionalistische Gefangene

*Gute Freunde der nationalen, religiösen, völkischen und regionalistischen Befreiungsbewegungen sind traditionell die Grünen. Bei der Fraktion der Europagrünen wurde vor zwei Jahren gar der Fraktionsname um »Europäische Freie Allianz« ergänzt, um einigen gemäßigten RegionalistInnen die Fraktionsmitgliedschaft schmackhaft zu machen.*

**Der Abgeordnete** Alain Lipietz von den französischen Grünen ging mit seiner Zuneigung zu den Nationalisten von Korsika (die nicht in der Fraktion vertreten sind) jetzt deutlich zu weit. Er forderte die Freilassung von korsischen Terroristen im Zuge einer Einigung mit dem Zentralstaat und zog gleich noch eine Parallele zum Algerien-Krieg: »Wann immer in der Geschichte ein Bürgerkrieg beendet wird, gibt es eine Amnestie.« Empirisch hat er damit zwar recht, politisch ist sein Signal aber fatal: Während

DrogenkonsumentInnen und -händlerInnen, SchleuserInnen und LadendieblInnen im Knast bleiben sollen, will der grüne Präsidentschaftskandidat ausgerechnet diejenigen freilassen, die für ihren völkischen Nationalismus Menschen umbringen. Oder wie im Falle eines noch nicht gefassten mutmaßlichen Mörders gar nicht erst festnehmen. Die Morde der korsischen Befreiungsbewegung liegen nämlich nicht Jahrzehnte zurück, sondern dauern bis heute an. Der französische Premierminister Lionel

Jospin ist den nationalistischen Korse schon bisher sehr weit entgegengekommen. Korsika soll ein eigenes Parlament bekommen, das weit mehr Kompetenzen hat als die bisherige Regionalversammlung. Der korsische Dialekt soll gleichberechtigt mit dem Französischen in der Schule unterrichtet werden. Vielen Franzosen gehen diese Zugeständnisse schon viel zu weit. Das auf die französische Revolution zurückgehende universalistische und antivölkische Nationalverständnis konkurriert aber nicht nur mit dem rechten korsischen Nationalismus. Auch aus Deutschland wird (z.B. vom bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber) Politik für ein Europa der Regionen betrieben. ■

*Zwei sehr erhellende Beiträge über deutsche Bestrebungen nach einem Europa der Stämme und über den französischen Ex-Innenminister Chevènement, sein eher fortschrittliches Nationalverständnis und die französische Debatte darüber befinden sich in KONKRET 7/2001. In jeder guten Bibliothek oder 10-Mark-Schein an Konkret, Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg.*

## FluchthelferInnen ohne Zukunft?

*Die europäische Schleuserbranche war noch vor wenigen Monaten der Lieblingsfeind der europäischen Polizeibehörde EUROPOL. Die starke Repression gegen die an den Grenzen tätigen ehrenamtlichen und hauptamtlichen SchleuserInnen hat aber offenbar die Attraktivität des Berufes beeinträchtigt.*

**Drogen- und Menschenschmuggel** sei zwar nach wie vor häufig, der Trend gehe aber zu weniger risikoreichen Delikten wie Steuerhinterziehung oder Alkohol- und Zigarettschmuggel. Der Europol-Chef Jürgen Storbeck äußerte sich zu Berufsqualifikationen für das organisierte Verbrechen: »Da gibt es moderne Geschäftsleute, die gut ausgebildet sind und mehrere Sprachen sprechen«. Bemerkenswert findet Storbeck dabei, dass Gangster die technischen Möglichkeiten der modernen Welt ebenso nutzen wie die legale Wirtschaft »und natürlich schneller als Polizei und Justiz«. Wenn sich Europol zumindest in

den öffentlichen Stellungnahmen von dem Bekämpfungsschwerpunkt »Schleuser« wegbewegt, dürfte das auch der intensiven Lobbyarbeit für FluchthelferInnen in den letzten beiden Jahren zu verdanken sein. Initiativen aus ganz Europa haben in diesem Sommer in mehreren »Grenz-Camps« gegen die Abschottung der EU-Grenzen protestiert. Europol sucht sich zur Steigerung der eigenen Akzeptanz gerne diejenigen Kriminalitätsfelder für seine Pressekonferenzen aus, die in der Gesellschaft zur Zeit besonders unbeliebt sind. Kinderpornografie gehört schon lange dazu, im Zuge des kapitalismuskritischen Som-

mer-Diskurses wurden jetzt die Wirtschaftsverbrechen und Steuerhinterziehung als besondere Existenzberechtigungen von Europol genannt. Europol-Beamte stehen bei den Ermittlungen mit ihrer Immunität außerhalb des Gesetzes. Sie können tun und lassen, was sie wollen und dafür kaum selbst verfolgt werden. Nach dem Bekanntwerden einiger krummer Geschäfte spricht selbst Europol-Verwaltungsrat Patrick Zanders von »Stilmitteln des kriminellen Milieus« in der eigenen Organisation. Ob sich die Europol-Beamten auch in der Fluchthilfe engagieren, bleibt abzuwarten. Bis dahin müssen die Serviceleistungen beim Grenzübertritt weiterhin von gut ausgebildeten, gut aussehenden, mehrere Sprachen sprechenden und internetsurfenden Primärkriminellen erledigt werden. ■

*Ilka Schröder zur Festung Europa  
<http://www.ilka.org/themen/fe.html>*

*Fluchthilfe-Kontroverse und Parteiordnungsverfahren bei den Grünen  
<http://www.ilka.org/ordnung/>*

*Europol  
[www.europol.eu.int/home.htm](http://www.europol.eu.int/home.htm)*

*Kein Mensch ist illegal  
[www.contrast.org/borders/kein](http://www.contrast.org/borders/kein)*

*Pro Asyl  
<http://www.proasyl.de>*

*Europäischer Flüchtlingsrat  
<http://www.ecre.org>*

*Internationale Kampagne gegen Flugabschiebung  
[www.deportation-alliance.com](http://www.deportation-alliance.com)*

# Bad Religion

## Dalai Lama soll im EP empfangen werden

Ilka Schröder • Postfach 080417 • 10004 Berlin  
PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt, A 51262

### Kritische Biografie des Dalai-Lama

Wer sich kritisch mit dem Leben und Werk des Dalai Lama auseinandersetzen will, sollte zuerst zum Werk des kritischen Psychologen Colin Goldner greifen. Über die reine Biografie hinaus werden in 16

Exkursen verschiedenste Aspekte seiner Religion beleuchtet. Karmalehre, Religions- und Sozialgeschichte, Tantra-Phalokratie, Verbindungen des tibetischen Lamismus zum deutschen Nationalsozialismus, fragwürdige Propaganda der Tibet-Unterstützergruppen und vieles mehr. Die Kritik traf manche Lama-Fans offenbar so ins Mark, dass schon vor Erscheinen Morddrohungen ausgesprochen und ein Fäkalienpaket an den Verlag geschickt wurde. Colin Goldner: Dalai Lama.

Fall eines Gottkönigs. Alibri, Aschaffenburg 1999, 455 S., DM 39 ISBN 3 932710-21-5

### Kurios

Das Europäische Parlament beschäftigte sich am 13.7.1995 mit dem Streit um den doppelten Panchen Lama. China suchte nach dem Tod des 10. Panchen Lama selbst einen neuen aus. Das Staatsorakel des Dalai Lama bezweifelte aber, dass die Chinesen die echte Inkarnation gefunden hätten. So suchten und fanden die Gelbmützen eine eigene Wiedergeburt des Panchen Lama. Und da hatte man den Salat. Welcher war der richtige? Das Europäische Parlament stellte sich im Streit um den doppelten Panchen Lama auf die Seite der Mönche und gegen China. Ob dabei in Strasbourg ein Parlamentsorakel geholfen hat, ist nicht überliefert.

Das Verhältnis des Lamismus zur Emanzipation zeigt sich unter anderem an der am meisten gebrauchten Bezeichnung für Frau: Das tibetische »Kyemen« bedeutet »mindere Geburt«, andere Bezeichnungen sind »die ohne Samen« (Tobmema) und »die mit Beschränkungen Behaftete« (Tsandenma).

Das geistige Oberhaupt der Buddhisten soll im Oktober als erster nicht-weltlicher Herrscher vor dem Europäischen Parlament sprechen. Ein Besuch des Gelbmützen-Gurus war vor einigen Jahren schon einmal geplant, aber nach Protesten Chinas wieder abgeblasen worden. Die Zeiten haben sich geändert: Bomben auf die chinesische Botschaft in Jugoslawien und die selbstverständliche Verletzung des chinesischen Luftraums durch US-Spionage-Flugzeuge haben schon in den letzten Jahren den Bedeutungsverlust der bevölkerungsreichsten Atommacht verdeutlicht. Die Buddhisten des Dalai Lama sind beim Kampf um Menschenrechte in Tibet für die EU ein ähnlich guter Verbündeter wie die UCK auf dem Balkan: Befreiungskämpfer, die zufällig den gleichen Gegner haben wie die EU. Von Tibet-Unterstützungsgruppen wird der Dalai Lama oft zu Unrecht als Friedensengel dargestellt. Der amtierende Dalai Lama befürwortete nicht nur die indischen Atomtests, sondern förderte mit einem Empfehlungsschreiben auch den Aufstieg der japanischen Terror-Sekte Aum Shinrikyo unter Shoko Asahara. Aum war später für den Giftgasanschlag auf die U-Bahn in Tokio verantwortlich, bei dem tausende Menschen verletzt und 12 getötet wurden. Noch nach dem Anschlag bezeichnete der Dalai Lama Asahara als seinen »Freund, wenngleich nicht unbedingt einen vollkommenen (not necessarily a perfect one)«.

Auch im Umgang mit den eigenen AnhängerInnen ist der tibetische Buddhismus keineswegs so menschenfreundlich, wie ihr stets lächelndes Oberhaupt suggeriert. Bis in das 20. Jahrhundert hinein gab es Sklaverei. Die Gelbmützen-Mönche herrschten nicht nur über Gesetzgebung, Polizei und Gerichtsbarkeit, sondern beuteten ihre Leibeigenen und unfreien Bauern so aus, dass keine menschenwürdige Existenz mehr möglich war. Widerstand wurde durch den Glauben verhindert, der schon den Kleinkindern eingetrichtert wurde. Nach der buddhistischen Karmalehre bekommt derjenige, der sein Schicksal willig erleidet, gutes Karma. Und das braucht man, denn laut amtierendem Dalai Lama »führen verdienstvolle Handlungen in diesem Leben zu einer günstigeren Wiedergeburt im nächsten.« Wer dagegen – auch nur in Gedanken – Kritik an seinen Gurus übt, kommt in die

Hölle oder muss andere Qualen erleiden. Die Karmalehre ist eine perfekte Indoktrination, die jedes selbständige Nachdenken über die eigenen Lebensumstände ab dem Kleinkindalter unterdrückt. Leid, Armut und soziale Ungleichheit durch grenzenlose Ausbeutung werden legitimiert, der einzelne trägt die Schuld für seine Situation wegen Untaten in einer früheren Inkarnation. Kein Wunder, wenn da Mary Craig in einem wohlwollend erklärenden Buch, zu dem der Dalai Lama ein Vorwort beisteuerte, bezüglich der Zustände in Tibet vor dem Einmarsch (»Befreiung«) der Chinesen 1950 feststellte: »Das Leben des einfachen Tibeters war hart, aber es war nicht die von der chinesischen Propaganda dargestellte reine Hölle... Im allgemeinen erfüllte die Tibeter nicht das Bewusstsein, niedergedrückt oder ausgebeutet zu werden, und ihr ungeheurer Lebenswille wurde nicht durch den Freiheitswunsch getrübt, den sie nie gekannt hatten... Ungeachtet der gähnenden Kluft hinsichtlich der Einkünfte und des materiellen Besitzes verspürten die Armen derart wenig Hass auf die Reichen, dass es in der gesamten Geschichte Tibets nur selten zu Volksaufständen kam.« 95 Prozent der tibetischen Kinder lernten unter der Mönchsherrschaft nicht lesen und schreiben, ein Gesundheitssystem war praktisch nicht vorhanden. Die Lebenser-

Bestellungen, Abbestellungen und Adressänderungen bitte an abodatei@ilka.org mitteilen.

wartung hat sich unter chinesischer Herrschaft von 36 Jahren (1950) auf heute 67 Jahre erhöht. Gegen Bemühungen um die Verbesserung der bedauerlichen chinesischen Menschenrechtssituation ist sicher nichts einzuwenden. Der Dalai Lama ist dafür aber der falsche Verbündete. Die Hofierung des Dalai Lama durch das Europäische Parlament ist daher das falsche Signal. Der Dalai Lama wäre der erste nicht-weltliche Herrscher, der vor dem Europäischen Parlament sprechen darf. Mit seiner Auswahl als Inkarnation eines früheren Dalai Lamas im Alter von vier Jahren werden sogar die westlichen Demokratiestandards noch unterschritten. Nur die gesellschaftliche Befreiung der Menschen in Tibet kann den Menschen helfen, aus dem chinesischen Pseudokommunismus und aus der religiösen Unterdrückung durch die Gelbmützen-Sekte des Dalai Lama zu entfliehen. Eine Wiedereinsetzung der Mönchsherrschaft in Tibet ist für die soziale Befreiung aber hinderlich. ■



## Termine

- ☉ 28.09. – 04.10.2001, Washington DC  
IWF-Weltbanktreffen  
<http://www.50years.org/s28/call.html>  
<http://DC.indymedia.org/>
- ☉ 28.09. – 30.09.2001, Berlin  
Seminar »Antisemitismus«  
JungdemokratInnen Berlin  
Fon (0 30) 24 72 97 47
- ☉ 12.10. – 14.10.2001, München  
Buko 24. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in München  
[www.buko24.de](http://www.buko24.de)
- ☉ 26.10. – 28.10.2001, Berlin  
Radikaldemokratisches Spektakel  
JungdemokratInnen Berlin
- ☉ Mitte Oktober bis Mitte November  
Castor-Transport nach Gorleben geplant

- ☉ 09.11. – 11.11.2001, Berlin  
Seminar »Marxismus und Radikaldemokratie«  
JungdemokratInnen Berlin  
Fon (0 30) 24 72 97 47
- ☉ 09.11. – 13.11.2001, Doha (Katar)  
WTO-Konferenz in Doha, Katar  
[www.wtoaction.org](http://www.wtoaction.org)  
[www.nowto.org](http://www.nowto.org)
- ☉ 30.11. – 02.12.2001, Berlin  
Seminar »Medientheorie. Medien-Macht-Politik. Die Funktionsweise der Massenmedien«  
JungdemokratInnen Berlin  
Fon (0 30) 24 72 97 47
- ☉ 13.12. – 15.12.2001, Laeken  
EU Gipfel in Laeken bei Brüssel  
[www.bruxxell.org](http://www.bruxxell.org)

# Denkpause

Repressive Toleranz S. 2 • Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus S. 3 • Freiheit für regionalistische Gefangene S. 5 • FluchthelferInnen ohne Zukunft? S. 5 • Bad Religion S. 6 • Termine S. 6

05.01  
17.09.01  
Nr. 14

GlobalisierungsgegnerInnen – Lieblinge der EU?

## Repressive Toleranz



Die wirkliche Neuigkeit an den Gewaltorgien der Staatsgewalt ist nicht der Mord an Carlo Giuliani, sondern die zur Schau gestellte Selbstsicherheit der Herrschenden. Italien führte in Genua den vorerst letzten Akt jener Reality-Show auf, zu der Innenminister Otto Schily und hochrangige VertreterInnen der Grünen das Drehbuch geschrieben haben. [mehr... Seite 2+3]

Keine Revolte ohne Krawall

## Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus

[mehr... Seite 3]

## FluchthelferInnen ohne Zukunft?

[mehr... Seite 5]

## Dalai Lama: Bad Religion

[mehr... Seite 6]

Lieber LeserIn,



wer in die EU eintreten will, dessen Rechtsstaatus muss gewisse Standards haben. Aus gutem Grund wird beim Thema Menschenrechte oft auf die Türkei

verwiesen. Dort wurde vor 100 Jahren aus Angst vor anonymen, nicht handschriftlichen Schreiben, der Import von Schreibmaschinen verhindert. Mittlerweile können KriminalistInnen geschriebene Texte ihrer Herkunftsschreibmaschine zuordnen. Das türkische Verbot dürfte inzwischen aufgehoben worden sein. In der EU sucht man dagegen mit überwachungsstaatlichen Instrumenten z.B. gegen »Cybercrime« weiter nach Möglichkeiten den Datenverkehr über das Internet zu überwachen. In der Türkei hat die Regierungskoalition von Ministerpräsident Bülent Ecevit unterdessen in letzter Minute eine Gesetzesnovelle streichen lassen. Diese hätte vorgesehen, dass die Anbieter von Internet-Seiten eine Genehmigung der Behörden einholen und die Staatsanwaltschaft über Aktualisierungen informieren müssen. Daran sollte sich die Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament ein Vorbild nehmen. Die Kosten für die Internetseite [www.ilka.org](http://www.ilka.org) werden von der Fraktion aus dem dafür vorgesehenen Haushaltstopf nicht mehr übernommen solange unspezifizierte Verstöße gegen den Verhaltenskodex der Fraktion nicht rückgängig gemacht werden. Die Kostenübernahme für die letzte DENKPAUSE wurden dagegen mit einem konkreten Argument verweigert: »...der in der Broschüre veröffentlichte Hinweis, wegen abgelehnter Finanzanträge sei eine Klage gegen den Fraktionsvorstand nicht zu vermeiden«, gefiel dem Zensurgremium nicht. Hier wird jemand dafür sanktioniert dass sie öffentlich ankündigt, die jeder EU-Bürgerin gegebene Rechtswegarantie in Anspruch zu nehmen. Wenn sich die EU-Grünen für einen Türkei-Beitritt qualifizieren wollen, muss ihnen also noch etwas Nachhilfe in Grundrechtsfragen erteilt werden.

Ihre Ilka Schröder

# GlobalisierungsgegnerInnen – Lieblinge der EU?

## Repressive Toleranz

Quellen der Zitate:  
Daniel Cohn-Bendit  
Interview Falter  
(Stadtmagazin, Wien,  
Österreich) Juni 2001  
Interview Taz 15.08.2001  
Beitrag in Die Zeit  
16.08.2001

Joseph Fischer  
Der Spiegel, 23.7.2001

Heidi Hautala  
Presseerklärung  
[www.europarl.eu.int/  
greens-efa/press/  
2001/0616b\\_en.htm](http://www.europarl.eu.int/greens-efa/press/2001/0616b_en.htm)

Kerstin Müller  
Interview Taz 25.08.2001

Ehrhart Körting  
Taz v. 16.07.2001

Luca »Zulu« Persico  
FAZ 23.08.2001

Otto Schily  
Interview XXP 13.07.2001

Spenden für die Gefan-  
genen von Göteborg:

Rote Hilfe e.V.

Konto 71 89 59 06 00

Berliner Bank

BLZ 100 200 00

Zweck: Göteborg

... und Genua

Rote Hilfe e.V.

Konto 19 11 00 462

Postbank Dortmund

BLZ 44011046

Zweck: Genova-Gefangene

Globalisierungskritik,

Genua, Gewalt

Positionspapier des

Arbeitsschwerpunkt Welt-

wirtschaft des Bundeskon-

gress entwicklungspoliti-

scher Aktionsgruppen

(BUKO)

[http://www.buko24.](http://www.buko24.de/news_neu1.htm#buko24_1)

[de/news\\_neu1.htm#](http://www.buko24.de/news_neu1.htm#buko24_1)

[buko24\\_1](http://www.buko24.de/news_neu1.htm#buko24_1)

ATTAC-Papiere zur Gewalt-

debatte

[http://www.attac-](http://www.attac-netzwerk.de/debatte/gewalt.html)

[netzwerk.de/debatte](http://www.attac-netzwerk.de/debatte/gewalt.html)

[/gewalt.html](http://www.attac-netzwerk.de/debatte/gewalt.html)

Wer zur Abwechslung

auch mal was auf Papier

lesen möchte:

ak – analyse & kritik Nr.

453, 30.08.2001.

Im linken Buchhandel oder

10-Marktschein an:

ak, Rombstr. 10, 20255

Hamburg, [www.akweb.de](http://www.akweb.de)



**Die wirkliche Neuigkeit an den Gewaltorgien der Staatsgewalt ist nicht der Mord an Carlo Giuliani, sondern die zur Schau gestellte Selbstsicherheit der Herrschenden. Italien führte in Genua den vorerst letzten Akt jener Reality-Show auf, zu der Innenminister Otto Schily und hochrangige VertreterInnen der Grünen das Drehbuch geschrieben haben.**

### Göteborg setzte Standards.

DemonstrantInnen werden aus ihrem Kongresszentrum vertrieben und durch die Stadt gehetzt. Als sie sich mit bescheidenen Mitteln gegen die Polizeigewalt wehren, wird drei Gipfelgegnern in den Rücken geschossen. Nur durch Zufall überlebt ein lebensgefährlich verletzter Demonstrant. In Schweden amtiert eine sozialdemokratische Regierung, die von den Grünen toleriert wird. Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament, Heidi Hautala, kritisierte nach den misslungenen Todeschüssen von Göteborg nicht das Vorgehen der Polizei, sondern das ihrer Opfer als »reinen Hooliganismus«.

Auch VertreterInnen der rot-grünen Bundesregierung in Berlin heizten die Stimmung an. Außenminister Joseph Fischer versuchte das Anliegen der GlobalisierungsgegnerInnen zu diskreditieren: »Die Frage der gerechteren Welt ist Thema des Gipfels. Eigentlich müsste man eine Demonstration der Freude veranstalten.« Innenminister Schily engagierte sich – glücklicherweise vorerst erfolglos – bei seinen EU-KollegInnen für

eine europäische Regimegegner-Datei und eine »Krawall-Polizei«. Er bezeichnete die Bereitstellung von Leichensäcken und das Anmieten von Kühlhallen im Vorfeld des Gipfels von Genua als normal und legitimierte die brutale Repression damit schon im voraus. Ehrhart Körting, sozialdemokratischer Innensenator in der rot-grünen Landesregierung von Berlin, stellte klar: »Es gibt kein Grundrecht auf Ausreise.« Die rot-grüne Koalition hatte mit der Änderung des Passgesetzes im Bundestag schon ein gutes Jahr zuvor den Grundstein für die Ausreiseverbote gegen RegimegegnerInnen gelegt.

Der Hass auf AntikapalistInnen war in der EU vor dem G8-Gipfel in Genua grenzenlos. Ob die Hinrichtung eines antikapitalistischen Demonstranten nun offen auf Ministerebene abgesprochen, ob der Mörder nur von der italienischen Regierung beauftragt war, oder ob er im stillschweigenden Einverständnis gehandelt hat, wird wohl nie geklärt werden. Aber diese Frage ist zweitrangig. Entscheidend war das politische Klima in der EU vor Genua. Gerade von den

sogenannten Mitte-Links-Regierungen wurde es so gestaltet, dass die Tötung eines Demonstranten die logische Folge war. Zur Schaffung dieser Stimmung waren die rot-grünen Regierungen mit ihrer 70er-Jahre-Vergangenheit bestens geeignet. Joseph Fischer setzte sich früher selbst militant gegen PolizistInnen zur Wehr. Heute brandmarkt er DemonstrantInnen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als Terror-Monster, selbst wenn Gewalt nur gegen Fensterscheiben angewandt wird. Auch die parlamentarische Linke Italiens hat nicht nur mit der Vorbereitung des Gipfels in Genua ihren Beitrag zur Repression geleistet. Sie hat die in faschistischer Tradition stehenden Polizeiorganisationen immer weiter ausgebaut, und mit dem Umbau einer Militäreinheit in eine Polizeitruppe jene Carabinieri erschaffen, die nun zu Vollstreckern wurden.

Über das Erwartete hinaus sind die italienischen Repressionsmaßnahmen aber vor allem durch die kalkulierte Misshandlung großer Mengen von schlafenden DemonstrantInnen aufgefallen. Der 21jährige Student Daniel A. berichtet: »Sie bedeuteten uns, wir sollten uns hinsetzen und fingen sofort und ohne jegliche Umschweife an, gezielt und mit aller Kraft auf die Menschen einzuschlagen, gezielt auf die Köpfe der ▶

Menschen und in unglaublich brutaler Manier.« Weitere physische und psychische Misshandlungen fanden in einer Polizeikaserne und in Krankenhäusern statt. Zentrales Ziel der Aktion dürfte es gewesen sein, per Mundpropaganda unter DemonstrantInnen die Warnung zu verbreiten: Gehe nicht zu antikapitalistischen Aktionen, halte Dich fern von GlobalisierungskritikerInnen – sonst kriegst du ordentlich was auf die Fresse und wanderst in den Knast. Doch das Kalkül der G8 ging nicht ganz auf. Selbst konservative Zeitungen haben über die Brutalität des Polizeieinsatzes geschrieben. In Deutschland war der Globalisierungsgegner in diesem Sommer gar der Liebling der Nation. Bis hinein in die CDU distanziert man sich von den eigenen Ausreisebeschränkungen. Was eben noch »idiotisch« (Cohn-Bendit) war, entpuppte sich jetzt plötzlich als »die Bewegung wenn nicht des Jahrhunderts, so doch des Jahrzehnts« (Cohn-Bendit). Die Grünen fordern im Europäischen Parlament, den GlobalisierungskritikerInnen Räume für ihre Foren in Brüssel zur Verfügung zu stellen. Die Autorin dieses Textes, gegen die vor dem Parteischiedsgericht ein Ordnungsverfahren wegen zu linker Politik anhängig ist, wird plötzlich von der eigenen Partei für Wahlkampfeinsätze angefragt.

Um eine Strategie gegen die antikapitalistischen Proteste zu entwickeln, benötigt man keine Denkfabrik. Eine Spaltung der Bewegung in einen illegali-



**Unbewaffnete DemonstrantInnen vertreten ihr Anliegen sehr glaubhaft und sind in EU-PolitikerInnenkreisen beliebter als der »Schwarze Block«. Bei der Medienaufmerksamkeit wird diese Demonstration allerdings mit brennenden Banken in Genua nicht mithalten können. Die Kurve Wustrow, ([www.kurvewustrow.org](http://www.kurvewustrow.org)) bietet Beratung und Training in gewaltfreier Aktion.**  
Foto: Hagen Berndt

sierten Flügel und das parallele Aufsau-gen der restlichen GlobalisierungsgegnerInnen in die etablierten politischen Strukturen liegt nahe. Die Fraktionsvorsitzende der Bundestags-Grünen, Kerstin Müller, zeigte sich bereits verwundert, wie gemäßigt die Forderungen mancher GlobalisierungsgegnerInnen seien. Nach einigen Monaten symbolischer Reibereien werden sich die Grünen daher absehbar mit dem lobbyistischen Flügel der Bewegung handelseinig sein: Die Tobin-Steuer wird im neuen Grundsatzprogramm mit »ernsthaft zu prüfen« aufgenommen, die Sanktionen gegen Finanzparadiese verschärft, zumal öffentlich sowieso noch nie einE PolitikerIn etwas dagegen hatte. Im Gegenzug kandidiert ein hochrangiger Vertreter der (Noch-) Nichtregierungsorganisation »Attac« für die Grünen 2002 zum Bundestag. Mit dem guten Namen »Globalisierungsgegner« bringt er

gleich ausreichend WählerInnenstimmen, um noch drei normalliberale, ordokapitalistische Neokorporatisten von den hinteren Listenplätzen mit ins Parlament zu ziehen. Das gleiche Spiel ist in anderen EU-Staaten ähnlich möglich. Während die Verstaatlichung bestimmter Teile der Anti-Atom-Bewegung oder der Friedensbewegung Jahrzehnte dauerte, so deutet heute alles darauf hin, dass dies mit dem institutionalisierbaren Flügeln der globalisierungskritischen Bewegung im Schnellverfahren geschehen wird. Im Gegensatz zu Ex-Linken wie Angelika Beer wird man dem reformorientierten Teil der GlobalisierungsgegnerInnen allerdings kaum Brüche in der Biografie nachweisen können. Ihre Forderungen sind schon jetzt die des »außerparlamentarischen Arms der Sozialdemokratie« (BUKO). ■

## Keine Revolte ohne Krawall

# Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus

*Seattle, Prag, Nizza, Göteborg, Genua! ... Und Köln? Köln, immerhin Schauplatz von Protesten gegen G8- und EU-Gipfel 1999, spielt als historischer Ort von antikapitalistischem Widerstand gegen die Globalisierung keine Rolle. Mit der gleichen Regelmäßigkeit, mit der die Proteste zum Kölner Doppelgipfel aus der Geschichte der neuen antikapitalistischen Bewegung ausgeklammert werden, betonen manche sogenannten Nichtregierungsorganisationen, dass ihre eigenen Aktionsformen »friedlich und frei von physischer Gewaltanwendung sind« (Attac-Deutschland).*

**Mehr noch.** Sie streben danach, ihr eigenes Vorgehen zum alleingültigen Katechismus auszubauen: »Veränderung kann... nur demokratisch, d.h. durch die Teilnahme vieler Menschen an gesellschaftlicher Bewegung erreicht werden. Anders funktioniert sie nicht.«

Oder doch? Für den Protest der friedlichen Massen in Köln interessierte sich kaum jemand. Die Proteste von Seattle,

Prag, Nizza, Göteborg und zuletzt Genua schafften es hingegen zielsicher auf die Titelseiten.

Der »Schwarze Block« spülte die Existenz und manches Anliegen der GlobalisierungskritikerInnen in die Köpfe und Herzen der Menschen und die Mitte der Gesellschaft. Nur manches Anliegen, denn genauso unterschiedlich wie die Aktionsformen, aber wesentlich schwie-

riger zu vermitteln sind die politischen Positionen innerhalb der Bewegung. Die einen wollen faire Handelsbedingungen für die Dritte Welt, die anderen wollen den eigenen Markt für landwirtschaftliche Produkte abschotten. Viele reden nur von Globalisierung und Neoliberalismus, andere auch von Kapitalismus oder gar Kommunismus. Die einen wollen neue Steuern und weniger Finanzparadiese, um den Staaten gegenüber der Wirtschaft mehr Handlungsfähigkeit zu geben. Den Misshandelten von Genua ist dies schwer vermittelbar. Denn die Finanzkraft von Staaten zu erhöhen, dessen nicht gerade finanzschwache Polizei ►

## Rezension

*Linke Zukunftsvorstellungen gibt es nicht nur auf den Gassen von Genua, sondern auch hinter den Schreibmaschinen von Universitäten. Wirtschaftsdemokratie, Wohlfahrtskapitalismus, Care Economy, Gewerkschaftspolitik, feministische solidarische Ökonomie, Nachhaltigkeit und Selbsthilfegenossenschaften sind die über die Jahre nur wenig veränderten Ansätze. Ob eine Kapitalismuskritik »ohne konkrete Reformalternativen, ohne Nah- und Fernziele, ohne fundamentale Demokratisierung... letztendlich demotivierend und demobilisierend« bleibt, wie im Editorial des Bandes behauptet wird, sollte angezweifelt werden. Die Strategie der praktischen antikapitalistischen Bewegung dürfte auch nach der Lektüre des aktuellen WIDERSPRUCH immer noch eine höhere Faszination auslösen. Hier wird erst einmal das brennende Haus gelöscht, anstatt sich gleich über den Bauplan eines neuen Gebäudes den Kopf zu zerbrechen. Lesenswert ist der wohl versehentlich unter diesem Schwerpunkt erschienene Beitrag von Heiner Busch über Asylpolitik und Sozialarbeit im Visier des Sicherheitsstaates. Unter dem Deckmantel von Sozialarbeit und Prävention dehnt sich polizeiliche Tätigkeit immer mehr in die Gesellschaft aus. Wie bei vielen Maßnahmen der »inneren Sicherheit« trifft es zunächst diejenigen, die sich am wenigsten zu wehren wissen: Asylsuchende und SozialhilfeempfängerInnen bzw. Arbeitslose. Das AusländerInnen- und Sozialhilferecht wird dabei immer weniger als garantierter Rechtsstandard verstanden. Stattdessen sind die KlientInnen zunächst einem Missbrauchsverdacht ausgesetzt und müssen dementsprechend Eingriffe in ihre Privatsphäre erdulden.*

gerade den eigenen Unterkiefer zertrümmert hat, ist wohl keine sehr attraktive Vorstellung. Eher eine Erinnerung an vergessenen geglaubte StaMoKap-Ansätze. Doch vor einer Zieldiskussion debattieren die meisten GlobalisierungskritikerInnen zunächst die richtigen Protestformen – wie fast jede soziale Bewegung zuvor. Wie immer lautet die Frage: Ist Gewaltanwendung für das Erreichen der eigenen Ziele moralisch gerechtfertigt und strategisch sinnvoll – oder nicht? Unterschieden werden dabei gerne der autonome »schwarzen Block« und die überdeutliche Mehrheit 190.000 gewaltfreier DemonstrantInnen. Allerdings unterstellt diese Sichtweise in der Regel, alle anrückenden ProtestiererInnen wüsten schon vorher, wie sie sich später verhalten werden, und hätten keine Chance, davon später abzuweichen. Eine spontanen Wechsel der Aktionsform beim Anblick prügelnder PolizistInnen klammert diese Auffassung aus.

Deren Gewalttätigkeit in Form von Schüssen, Knochenbrechen und systematischen Misshandlungen kommt zwar häufiger vor, wird aber weit weniger thematisiert. Hätte in Genua jedoch ein Demonstrant aus nächster Nähe eine Polizistin erschossen, wäre die globalisierungskritische Bewegung in Europa vorerst am Ende gewesen, denn neben systematischer institutioneller Rache hätte dieses Thema auf lange Zeit jegliche Form des Widerstands im Kern diskreditiert. Auch an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens hatte ein Polizistenmord die Gegenbewegung atomisiert. Solange jedoch auf der Gegenseite keine Menschenleben gefährdet wurden, hat sich der Einsatz von reflektierter Gewalt in sozialen Bewegungen nicht unbedingt negativ ausgewirkt. Gewaltfreier ziviler Ungehorsam und »normale« Massendemonstrationen waren für den Erfolg europäischer sozialer Bewegungen zwar unverzichtbar, dies gilt jedoch genauso wie für den gut reflektierten Einsatz von Gewalt gegen Dinge. Im Streit um die Atomkraft haben manche militante Auseinandersetzungen Anfang der 80er Jahre sicherlich zur drastischen Reduzierung des deutschen Atomprogramms beigetragen, und die stark nach außen kommunizierte Gewaltbereitschaft mancher Antifa-Gruppen in den 90ern dürfte einigen MigrantInnen in Deutschland das Leben gerettet haben. Genauso hätten die 200.000 völlig friedlichen Menschen in Genua der Globalisierungskritik kaum den guten Ruf verschafft, den sie jetzt hat. Die altbekannte Gegenthese, es

würde dann nur über die Gewalt, nicht aber über das politische Anliegen der Bewegung nachgedacht, ist heute so unpassend, dass sie schon gar nicht mehr aufgestellt wird.

Dennoch sollte man sich bei der Abwägung verschiedener Aktionsformen kaum von kurzfristigen emotionalen Stimmungen leiten lassen, wie dies offenbar der italienische Rockstar Luca »Zulu« Persico tat: »Die Lust, auf die Straße zu gehen, nicht nur beschützt von (vor? I.S.) der Polizei, sondern richtig bewaffnet, ist riesengroß. ... Unbewaffnet marschieren heißt in den Tod gehen.« Aber auch bewaffnet dürfte die militärische Auseinandersetzung mit dem Staat wohl doch eher eine verlustreiche Angelegenheit bleiben. Polizei und Militär werden mit Milliarden Euro jährlich aufgerüstet und von starren Verteidigungsarmeen zu gut organisierten mobilen Angriffskommandos umgebaut. Weil dieser Apparat um ein Vielfaches stärker ist als die Bewegung, liegt es im Interesse des Staates, die Bewegung in eine militärische Auseinandersetzung zu zwingen. Ein weiterer Grund, sich auf solcherlei Eskalationsversuche nicht einzulassen, genauso wenig wie auf die Träumeri, irgendwelche Einheiten von Polizei oder Armee könnten auf die Seite der Aufständischen überlaufen. Stattdessen könnte sich die antikapitalistische Bewegung auf eine horizontale Erweiterung des Aktionsspektrums konzentrieren, vielleicht orientiert an der Kommunikationsguerilla oder direkten Aktionen nach dem Vorbild von Anti-Castor oder Anti-Gelöbnis-AktivistInnen. Für EinsteigerInnen ist eine gewaltfreie Protestkultur manchmal attraktiver, auch aus dem Grund, dass Militante oft ihre Treffpunkte nicht öffentlich bekannt machen. In den 80er und 90er Jahren ging man zudem davon aus, bei gewaltfreien Aktionen einem geringeren Eigenrisiko ausgesetzt zu sein. Die Teilnahme an friedlichen Demonstrationen ist ohne größere Vorbereitungen möglich, und früher waren dabei oft Kinder und ältere Menschen beteiligt. In den meisten Konflikten war das Erfolgsrezept der sozialen Bewegungen jedoch letztendlich die Vielfaltigkeit der Aktionsformen. Sie hat gleichermaßen die nötige Massenbasis, die Unberechenbarkeit der Bewegung und ihren Unterschied zur Sozialdemokratie verdeutlicht.

**Um dieser, für sie gefährlichsten Mischung habhaft zu werden, läuft die Strategie der Herrschenden auch immer wieder auf den Versuch zur Spaltung anhand der Gewaltfrage hinaus.**

Um dieser, für sie gefährlichsten Mischung habhaft zu werden, läuft die Strategie der Herrschenden auch immer wieder auf den Versuch zur Spaltung anhand der Gewaltfrage hinaus. In einem Strategiepapier des schweizerischen Bundesamtes der Polizei geht es unter »Handlungsoptionen/Empfehlungen« daher auch nicht zuerst um die Aufstandsbekämpfung, sondern um die Spaltung: »1. Der Dialog mit den friedfertigen Aktivisten muss gefördert und ihren Anliegen mehr und ernsthafter Beachtung geschenkt werden.« Was friedfertig oder legal ist, und was Repression erfordert, bleibt dann aber überall dem Ermessen der Polizei überlassen. In Deutschland wurde beispielsweise vor dem letzten Castor-Transport nach Gorleben der Sprecher der gewaltfreien aber dennoch entschieden handelnden Sitzblockade »x1000malquer« präventiv festgenommen. Keinerlei Äußerung der Gewaltbereitschaft hatte vorher seinen Mund verlassen.

Die durch die Integration des gemäßigten Flügels bewirkte Akzeptanzsteigerung des Herrschaftsapparates ermöglicht so dann, bei den nicht-friedfertigen AntikapitalistInnen härter zur Sache zu gehen: »4. Im Ereignisfall sollten den mit der Wahrung der Sicherheit beauftragten Organen (Polizei, Grenzorgane, Justiz) griffige Mittel zur Verfügung gestellt werden, die ein effizientes, wenn möglich präventives Vorgehen gegen erkannte Unruhestifter ermöglichen. Dazu gehören auch präventive Maßnahmen gegen in verschiedener Form publik gemachte Aufrufe zur Gewaltanwendung oder anderen Straftaten (Vorgehen gegen Betreiber resp. Anbieter von Internet-Seiten, Produzenten und Verteiler von Propagandamaterial usw.).«

Für die verschiedenen Flügel der jungen antikapitalistischen Bewegung sollten Erkenntnisse über die unberechenbaren Gewaltausbrüche der Polizei zunächst einmal zu gegenseitiger Rücksichtnahme führen. Gewaltbereite AkteurInnen müssen auf die Ängste demonstrativ friedlicher Gruppen Rücksicht nehmen. Das bedeutet insbesondere, in übersichtlichen Situationen denjenigen Fluchtweg zu wählen, bei dem demonstrativ gewaltfreie AkteurInnen vor den staatlichen VerfolgerInnen geschont werden. Von den Chefs der friedliebenden DemonstrantInnen darf im Gegenzug

**Indymedia**  
Indymedia ist unabhängige nichtkommerzielle Berichterstattung von unten über wichtige soziale und politische Themen vor Ort und weltweit. AktivistInnen sind daran beteiligt. Indymedia ist ein internationales hierarchiefreies Netzwerk und versteht sich als Teil des weltweiten Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung. Indymedia hat auf unabhängige Berichterstattung schon so etwas wie ein Monopol - wenn nicht jedeR BenutzerIn selbst seine Berichte oder Kommentare zu vorhandenen Berichten veröffentlichten könnte. Solche Berichterstattung braucht Geld. Spenden bitte an:

**Empfänger:**  
Förderverein,  
Kto.: 3023301, bei:  
Sozialbank Berlin  
(BLZ 100 205 00),  
Verwendungszweck:  
»Indymedia.«  
<http://www.indymedia.org>  
(international)  
<http://de.indymedia.org>  
(Deutschland)

► Fortsetzung auf Seite 5

ISSN: 1439-5363

5.01 Denkpause 4